

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes

der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaren-Industrie  
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 75 Pfennig  
pro Quartal inkl. Postgebühren.  
Bestellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Neustiftstraße 30, Stuttgart.

Inserate  
pro Spaltige Petitzeile 20 Pf.,  
für Werbungsangehörige 10 Pf.  
Privatanzeigen ist der Betrag in  
Briefmarken beizufügen, andern-  
falls der Abdruck unterbleibt.

Nr. 5.

Stuttgart, den 29. Januar 1898.

14. Jahrgang

## Bekanntmachung

### des Verbandsvorstandes.

1. Da von Seiten des Verbandsvorstandes nunmehr mit der Ausarbeitung der Statuten begonnen werden muß, ersuchen wir die örtlichen Bevollmächtigten, soweit es noch nicht geschehen, die örtlichen Fragebogen in möglichster Kürze einzusenden.

2. In letzter Zeit wiederholt vorgekommene Unzuträglichkeiten mit Mitgliedern, welche ins Ausland reisen bezw. von dort zurückkehren, veranlassen uns, die Mitglieder besonders darauf aufmerksam zu machen, daß nach den Bestimmungen des § 3 Abs. 5 im Statut Mitglieder, welche ins Ausland reisen, sich schriftlich beim Verbandsvorstand anmelden müssen, wenn sie darauf reflektieren, bei ihrer Rückkehr in die alten Rechte wieder eintreten zu können. In ihre alten Rechte können dieselben aber nur dann wieder eintreten, wenn sie sich innerhalb 14 Tagen nach ihrer Rückkehr beim Verbandsvorstand durch Einsendung ihres Verbands-Mitgliedsbuches wieder anmelden und den Nachweis erbringen, daß sie während des Aufenthaltes im Ausland einer ähnlichen Organisation, soweit es möglich war, angehört haben.

Mitglieder, welche die Ab- und Anmeldung veräumen, gehen ihrer Rechte an den deutschen Verband verlustig und können keinerlei Unterstützung aus Verbandsmitteln erhalten.

Die örtlichen Funktionäre, welche mit der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung beauftragt sind, werden hiermit angewiesen, an Kollegen, welche diesen Bestimmungen nicht nachgekommen, eine Arbeitslosenunterstützung nicht zu verabsolgen.

Bei Wiederanmeldung zum Verband sind diese Kollegen, sofern sie nicht einer ähnlichen Organisation im Auslande, wo es möglich war, angehört haben, wie Neueintretende zu behandeln.

3. In Solingen ist die Zahlstelle eingegangen.

4. Von den Gaubevollmächtigten des Gaus VIII (Vorort München) ist seiner Funktion enthoben das Mitglied August Werner; an dessen Stelle ist das Mitglied **Karl Seybold** zum Gaubevollmächtigten ernannt.

Der bisherige Bevollmächtigte für den Gau IX (Vorort Stuttgart), Julius Ig, ist aus dieser Funktion ausgeschieden- und an dessen Stelle das Mitglied **Max Dreher** als Gaubevollmächtigter ernannt worden.

**Der Verbandsvorstand.**  
J. A.: A. Dietrich.

## Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften.

II.

K. P. Wie dachte man sich nun die Ausführung jener Kongressbeschlüsse? Erstens sollte die Organisation der Arbeiter in folgender Weise vorgenommen werden. Die verschiedenen Gewerke und Arbeitergemeinschaften wählten je nach dem Verhältnis ihrer Zahl Vertreter zu einem Lokalkomitee für alle Arbeiter. Das Lokalkomitee bildete eine Art Gewerkschaftskartell. Das Lokalkomitee sollte die Lage aller der am Orte befindlichen

Arbeiter besprechen, untersuchen und regeln. Aus den verschiedenen Lokalkomitees bildeten sich Bezirkskomitees. So bildete z. B. ganz Sachsen einen Bezirk. Was die Lokalkomitees im Kleinen, hatten die Bezirkskomitees im Großen zu erledigen und über sämmtlichen Bezirkskomitees Deutschlands stand ein Zentralkomitee mit dem Sitz in Leipzig. In alljährlich stattfindenden Generalversammlungen sollten die Mittel und Wege, die zum Ziele führen, beraten und beschlossen werden.

Zweitens wurde festgesetzt: Das Lokalkomitee übernimmt den Arbeitsnachweis für sämmtliche Arbeiter; kein Arbeiter darf ohne Wissen des Komitees Arbeit nehmen, aufgeben oder entlassen werden. Die Lösung des Arbeitsverhältnisses muß vom Arbeiter oder Arbeitgeber 14 Tage vorher, unter Angabe der Gründe, angemeldet werden. Der Lohn wird nicht direkt, sondern durch Vermittlung des Lokalkomitees an die Arbeiter ausgezahlt.

Die zur Organisation gehörigen Arbeiter bilden eine Assoziationskasse, in welche die Arbeiter je nach Verdienst 7 bis 10 Prozent vom Lohn Beiträge entrichten, und die unverzinst 10 Jahre lang angesammelten Gelder sollen dann als Darlehen an Arbeiter und Gewerbetreibende ausgeliehen werden können. Sobald 1000 Thaler in der Lokalkasse angesammelt sind, muß das übrige Geld in die Bezirkskasse fließen; hat dort der Kasienbestand 2000 Thaler erreicht, so fließt das übrige Geld in die Zentralkasse. Schließlich sollen die angesammelten Gelder zum Ankauf und Parzellierung von Landgütern, zum Ankauf und Bau von Wohnhäusern etc. verwendet werden. Weibliche Arbeiter sind gleichberechtigt.

Diesen zweiten Abschnitt der Beschlüsse rubrizierte man unter dem Titel: Selbsthilfe der Arbeiter. Und der dritte Abschnitt erhielt die Aufschrift: Hilfe des Staates. Hierunter wird verlangt: Allgemeines Wahlrecht vom 21. Lebensjahr für die gesetzgebenden Körperschaften und die Gemeinden; Freizügigkeit, Aufhebung der indirekten Steuern und Einführung einer progressiven Einkommensteuer; bei Konkursen Sicherung des Arbeitslohns in erster Linie; Beseitigung des Submissionswesens. Neben diesen Forderungen wurden auch eine Anzahl Kleinlicher, man könnte sagen reaktionärer Palliativmittelchen vorgeschlagen. Schließlich verlangte man den Zehnstundenarbeitstag; Beseitigung aller Ausnahmengesetze und Einführung eines Volksheeres.

Im vierten Abschnitt „Volksziehung“ forderte man: Trennung der Kirche von der Schule, Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts und unentgeltliche Verabreichung von Schulmaterialien an Kinder unbemittelter Eltern. Die Gemeinden haben an arme Schulkinder unentgeltlich der Jahreszeit entsprechende Kleider zu liefern. Die Beaufsichtigung der Schulen wird der Geistlichkeit entzogen und die Schullehrer direkt von den Gemeindegliedern gewählt.

In § 17 heißt es dann noch: Die Erziehung der Kinder ist im Allgemeinen Sache der Eltern. Für solche Fälle jedoch, wo dieselben durch bringende Umstände an der Ausübung dieser Pflicht behindert sind, übernimmt die Gemeinde die Erziehung der Kinder. Zu diesem Zwecke werden in den Gemeinden Erziehungsanstalten gegründet; die Kosten der Anstalten trägt die Gemeinde und im Unvermögensfalle der Staat. Diese Gesamtorganisation führt den Namen: Verbrüderung; denselben Titel führte auch das Verbandsorgan.

Dies sind die hauptsächlichsten Beschlüsse dieses Kongresses. Wir haben diese Beschlüsse etwas ausführlich behandelt, erstens einmal, weil ein Teil von ihnen noch heute von den Arbeitern vertreten wird, und

zweitens, weil alle anderen in Deutschland 1849—50 stattgefundenen Kongresse sich an diese Beschlüsse anlehnten.

Es folgten nämlich Distrikts-Arbeiterkongresse in Leipzig, Heidelberg, Hamburg (dort wurde die Landarbeiterfrage bereits besprochen), Altenburg, Göttingen und Nürnberg (3. bis 4. April 1849), wo der Verband bayerischer Arbeitervereine gegründet und eine bayerische Reiseunterstützungskasse ins Leben gerufen wurde. Eine große Anzahl Versammlungen fanden statt zu dem Zwecke, die Organisation weiter auszubauen. Schriftföhrer Born zeigte sich als unermüdlicher Agitator.

In Berlin wurde eine Hemden- und Strumpffabrikations-Assoziation, desgleichen eine Gesellschaft zur gemeinsamen Beschaffung von Brot ins Leben gerufen. Die Eintrittsgebühr betrug 15 Sgr. In Leipzig gründete man eine Schneider- und Schuhmacher-Assoziation, doch alle gingen nach kurzer Zeit an Kapitalmangel zu Grunde.

Am 1. Mai 1849 gründeten die Arbeiter von Berlin einen Gesundheitspflegeverein, der bei seiner Auflösung 1853 10 000 Mitglieder zählte. Der Verein sorgte für Unentgeltlichkeit ärztlicher Hilfe, der Medizin, Bäder etc. Desgleichen wurden Kranke durch Geldmittel zur Beschaffung guter Kost u. s. w. unterstützt.

Am 1. Juni 1848 brach in Berlin ein Streik der Buchdrucker aus, welcher nach wenigen Tagen mit einem glänzenden Siege und 25 Prozent Lohnzuschlag endete. Vom 11. bis 14. Juni fand in Mainz ein Buchdruckerkongress statt, welcher die erste Buchdrucker-Fachorganisation gründete und verschiedene Resolutionen annahm. Unter anderen Resolutionen, die an das Frankfurter Parlament gesandt wurden, befanden sich zwei, worin erstens gegen die Verfolgung politischer Agitatoren protestiert wurde, und in einer zweiten Resolution wurde ein Ministerium verlangt, zusammengesetzt aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Auch diese Fachorganisation der Buchdrucker und eine ähnliche von Zigarrenarbeitern ins Leben gerufen, wurden in der Reaktionsperiode zu Grunde gerichtet.

In Leipzig fand in der Zeit vom 20. bis 26. Februar 1850 nochmals ein Arbeiterkongress statt, wo Wanders- und Krankenkassen und eine Art Gewerkschaftskartell gegründet wurden. In ähnlicher Weise suchten sich die Arbeiter an vielen Orten Deutschlands zu organisieren, aber die hereinbrechende Reaktion knickte all die Blüthen der jungen Gewerkschaftsorganisationen.

Die Leiter und Führer dieser Bewegung kämpften auch im Maiaufstande in Dresden und im bairischen Feldzuge für die Sache des Volkes. Schriftföhrer Born kämpfte in Dresden, und zwar in führender Stellung, später in Baden. Nach Niederlage dieser Erhebung floh er. Der Redakteur des Verbandsorgans „Verbrüderung“, Gomploff, wurde wegen angeblichen Hochverrats 4 Jahre ins Zuchthaus geworfen und damit auch die Fachzeitung beseitigt.

Am 14. April 1853 verlangte Bismarck vom Bundestag Maßregeln gegen Vereine, die kommunistische oder sozialistische oder politische Ziele verfolgten. Der Bundestag trat dem Vorschlag Bismarcks am 13. Juli 1854 bei und nach kurzer Zeit waren auch die letzten übriggebliebenen Reste von Arbeiterorganisationen weggeführt. Es folgte die „Ruhe des Kirchhofs“.

Die Ruhe des Kirchhofs wurde aber bald durch Schulze-Delethys gestört. Schulze gründete Spar-, Konsum-, Vorfuß-, Nothlohn- und schließlich Arbeiterbildungsvereine. In den Bildungsvereinen sollten die Arbeiter „gebildet“ werden, um sich „empor arbeiten“

und schließlich auch Fabrikanten werden zu können. Es mag dabei jedoch die Absicht vorgeherrscht haben, der Industrie leistungsfähigere Arbeiter zu schaffen, da bekanntlich gebildete Arbeiter geschickter sind, deren Arbeitskraft mehr Gewinn bringt. Die Gründung der Arbeiterbildungsvereine geschah aber auch deshalb, die Arbeiter in den Vereinen zu geübigen Werkzeugen der herrschenden Fortschrittspartei zu machen. Diese letztere Berechnung schlug fehl. Als Lassalle aufrat, schlossen sich die Arbeiter diesem an, oder gingen später unter Bebel-Hiebnechts Führung auf dem fünften Verbandstage der deutschen Arbeiterbildungsvereine zur internationalen Sozialdemokratie über.

Noch am 11. Februar 1865 erklärte ein Freund von Schulze-Delitzsch im preussischen Abgeordnetenhaus die Trades-Unions für reaktionär. Aber die neuen Ereignisse drängten Schulze-Delitzsch und die Fortschrittspartei auf andere Wege.

Nach dem Kriege 1866 spaltete sich die Fortschrittspartei; ein großer Theil der Fortschrittler verschönte sich mit Bismarck, den sie bis zu dieser Zeit rücksichtslos bekämpft hatten, und bildete die nationalliberale Partei. Um nun die geschwächte Fortschrittspartei zu stärken, beschloß man, die Arbeiter an die Partei durch Gründung von Trades-Unions zu fesseln. Dunder erklärte später im Jahre 1873 in einer Berliner Volksversammlung, daß die Fortschrittspartei 1868 lediglich, „um der Schweizerschen Demagogie entgegenzuwirken“, Trades-Unions gegründet habe. Dr. Max Hirsch ging 1868 nach England, um die Trades-Unions zu studieren.

Schweizer, der Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, kam diesen Plänen zuvor.

Inzwischen waren Arbeiter, die für das selbständige Auftreten der Arbeiter wirkten, beständig thätig, neue, von der Fortschrittspartei unabhängige Arbeiterorganisationen zu schaffen. Auch in den Arbeiterbildungsvereinen wirkten sie für die Auflösung von der Fortschrittspartei. Als Lassalle aufgetreten war, wendeten sich z. B. eine Anzahl Leipziger Arbeiter unter der Führung des Schuhmachers Wählisch und Dr. Dammer an Lassalle um Rath, ob die Arbeiter zu selbständigem Vorgehen zu organisieren seien, worauf das Offene Antwortschreiben Lassalles erfolgte, das bekanntlich dazu anrieth. Kurze Zeit darauf wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein begründet.

Das war freilich die politische Selbständigmachung der Arbeiter, die aber nicht ohne Einfluß auf den Organisationsstreb im Allgemeinen blieb. Die Absicht Lassalles, die Arbeiter nur durch politische Organisation zu ihrer Emanzipation zu führen, haben wir schon erwähnt. Trotz dieser Absicht strebten indess Arbeiter dahin, auch Fachorganisationen zu gründen. So wurde,

## Die Bergmannsbraut.

Von M. L. Néron. Deutsch von Wilhelm Thal.

I.

Sie lief den ganzen Tag mit stieren Augen und flatternden Haaren umher und irrte hier und da durch die verfallenen Hütten, aus denen der Fleder Grand-Combe bestand. Jung und schlank, vielleicht zwanzig Jahre alt, vom Wuchs einer Tanne, besaß sie eine seltsame Schönheit, die dem Auge wehe that; ihr Lächeln war traurig und ihr Blick gleich einer Klage. Sie sang zuweilen, und ihr Gesang schürzte einem das Herz zusammen. Das arme Mädchen war wahnsinnig, doch es war ein stiller, sanfter Wahnsinn, der das Mitleid und Interesse der Leute erregt.

Sie war in Grand-Combe sehr beliebt.

In ihrer Naivetät waren die guten Leute überzeugt, die Irrsinnige bringe ihnen Glück. Sie war für sie der gute Genius des Dorfes. Sie hatte so viel gelitten, die Unglückliche, seit jenem Tage, da die Mine ihr bei einer schrecklichen Explosion ihr Alles geraubt, was sie liebte, ihre Mutter und ihren Bräutigam.

Sie lebte mit ihrer Mutter glücklich in Glorieux — das war der Name des Schachtes. Sie waren alle Beide tüchtig und verdientes recht hübsches Geld, so daß es ihnen möglich war, alle Wochen einige Franken auf die Sparkasse zu tragen. Marguerite hatte noch nicht ihr sechzehntes Jahr erreicht, als sich bereits eine Anzahl Freier eingestellt hatte. Die Burschen stritten sich um sie, denn sie war nicht nur frisch und fleißig, sondern auch ein durchaus reichthames Mädchen.

Doch Marguerite hatte es nicht so eilig, in den Ehestand zu treten; sie fühlte sich bei ihrer Mutter, welche sie verhätschelte und ihr die allzu groben Arbeiten ersparte, glücklich und zufrieden.

Doch eines Tages ließ sich in Grand-Combe ein

allerdings nach Lassalles Tode, im Jahre 1865 zu Weihnachten der Allgemeine Tabak- und Zigarrenarbeiterverein ins Leben gerufen.

## Vom Schlachtfelde der Arbeit.

Wiederum ist, wie die dem Reichstage jüngst mitgetheilten Rechnungsergebnisse der Berufsvereinigungen für 1896 zeigen, die Zahl der Menschenopfer gestiegen, welche in Landwirtschaft und Industrie Jahr für Jahr seitens der Arbeiterschaft dargebracht werden müssen, während sie sich ihr oft so karges Stück Brot erwirbt.

Erschreckend hoch sind die Zahlen der Getödteten, Verkrüppelten und vorübergehend Verletzten, und doch umfassen sie noch nicht die gesammte Summe des Uebels, das die Arbeiter erleiden, denn das Handwerk wie das Handelsgewerbe sind noch immer von der Unfallversicherung ausgeschlossen, trotz der so oft wiederholten Forderungen seitens dieser Arbeiterkategorien und unserer Reichstagsfraktion.

Dabei sind, wie aus der Unfallstatistik und den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten hervorgeht, die Unfälle fast in der Mehrzahl nicht verursacht durch mangelnde Schutzvorrichtungen an Maschinen oder durch Dampfessel und Dampfleitungen, sondern besonders in den gewerblichen Betrieben auch durch „Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umsallen von Gegenständen“, wovon im Jahre 1896 17,2 Prozent sämtlicher Verletzten verunglückt waren, ferner durch „Fall von Leitern, Treppen, aus Lutten, in Vertiefungen“, wovon 17 Prozent verunglückt, ferner durch „Auf- und Ab-laden (Handarbeit), Heben, Tragen“, wobei 12,2 Prozent der Verletzten, zusammen also 46,4 Prozent, verunglückt waren. Außerdem sind aber verunglückt durch „Handwerkzeug und einfache Geräthe (Hämmer, Aerte, Spaten)“ in den gewerblichen Berufen 2666 Personen = 6,8 Prozent, in der Landwirtschaft 3687 Personen = 8,6 Prozent sämtlicher Verletzten. All diese Unfallursachen sind aber auch im Handwerk und zum großen Theil auch im Handelsgewerbe enthalten; trotzdem sind die Unfallversicherungsgehalte noch immer nicht auf die in jenen Berufen beschäftigten Arbeiter ausgedehnt!

In den der Versicherungspflicht unterworfenen Berufen zeigt sich noch immer eine Zunahme der Unfälle und zwar in der Landwirtschaft noch mehr als in den gewerblichen Berufen. In den zehn Jahren von 1886 bis 1895 betrug die Zahl derjenigen in gewerblichen Berufen Verletzten, für welche Entschädigungen festgestellt wurden, 247 849 = 5,24 von je 1000 Versicherten; 1896 dagegen wurden 385 338 = 6,72 von je 1000 Versicherten verletzt, mithin um 28 Prozent mehr als im zehnjährigen Durchschnitt! In der Landwirtschaft betrug

die Zahl der Verletzten, für welche Entschädigungen festgestellt wurden, von 1888 bis 1895, also in acht Jahren, 160 029 = 1,92 von je 1000 Versicherten; im Jahre 1896 dagegen 42 934 = 3,84 von je 1000 Versicherten, mithin um genau 100 Prozent mehr als im achthährigen Durchschnitt!

Diese Ziffern allein schon beweisen, daß theils die zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften ganz und gar nicht genügen, theils ihre Durchführung nicht genügend überwacht wird. Gegen diese von uns erhobenen Vorwürfe wird aber von den Unternehmern geltend gemacht, die Zahl der Verletzten sei nur deshalb so gestiegen, weil jetzt immer eifriger von den Arbeitern darauf gehalten werde, daß auch der kleinste Unfall zur Anmeldung gelange, was früher nicht geschehen sei. Nun bestreiten wir nicht, daß dank der unermüdblichen Aufklärungsarbeit, welche von den politischen wie gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen verrichtet wird, die Arbeiter immer mehr gelernt haben, von dem ihnen zustehenden Rechte Gebrauch zu machen. Aber daß nur die Unfallanzeigen, nicht die Unfälle zugenommen hätten, wird man doch nicht auch von den Staats-, Provinzial- und Kommunalausführungsbehörden behaupten wollen, bei denen man doch nicht die egoistische Rücksichtslosigkeit privater Unternehmer voraussetzen sollte! Bei diesen Versicherungsanstalten betrug die Zahl der Verletzten auf je 1000 Versicherte 1892: 4,6, 1893: 4,77, 1894: 5,15, 1895: 4,86, 1896: 5,58. Also auch hier eine fast ununterbrochene Steigerung, die in fünf Jahren 21 Prozent beträgt.

Ferner ist nicht nur die Zahl der leichten Unfälle gestiegen, sondern auch die Zahl der schweren, einschließlich der Tötungen. Es ist aber doch ausgeschlossen, daß solche schweren dauernden Verkrüppelungen und Tötungen nicht von jeher stets zur Anzeige gekommen wären! Die Verunglückten und deren Hinterbliebenen bleiben in so trauriger Noth zurück, daß sie, falls ihnen die Unfallrente nicht gewährt würde, der Armenkasse zur Last gefallen wären — und diese hätte dann sicherlich gesucht, diese Last schnelligst auf die Unfallkasse abzuschieben. Die schweren Verletzungen und Tötungen werden also seit Bestehen der Unfallversicherung zur Anzeige gebracht sein — und doch sind sie gewachsen. In den gewerblichen Berufsvereinigungen waren von 1886 bis 1895 angemeldet als getödtet 32 887 Personen = 0,70 von je 1000 Versicherten, 1896: 4040 Personen = 0,71 von je 1000 Versicherten; dauernd völlig und theilweise erwerbsunfähig wurden von 1886 bis 1895: 162 230 Personen = 3,43, 1896: 20 846 = 3,66 von je 1000 Versicherten! Noch schlimmer vollzogen sich diese Menschenopfer in der Landwirtschaft. Dort wurden im achthährigen Durchschnitt 0,17 von je

Bergmann nieder, der nicht aus der Gegend stammte. Der junge Mann begab sich ganz zufällig zu Marguerites Mutter und bat sie, ihm ein Stübchen zu vermieten; das war verlockend, denn man konnte auf diese Weise den monatlichen Verdienst verdoppeln. Die gute Frau hatte trotzdem den Muth abzulehnen, und sagte:

„Hören Sie, guter Freund, ich würde es gern annehmen, doch ich habe eine bereits erwachsene Tochter, und sie ist klug und rechtschaffen. Man hat im Dorfe nie das geringste Wortchen über sie sagen können. Sie wissen aber, es giebt böse Jungen, und die Weiber würden bald zu schwanzen anfangen, wenn sie erführen, daß ein junger und hübscher Mensch bei uns wohnte“, fügte sie lachend hinzu.

„Ja, ja, Sie haben Recht“, murmelte der Arbeiter, „ich werde mich anderwärts umsehen.“

„Sie können dort drüben, bei den Loustonds, an-klopfen, das sind brave Leute. Sie werden Sie gut aufnehmen, denn sie haben zwei Kinder zu ernähren und ein drittes ist unterwegs.“

„Abgemacht, aber wenigstens werden Sie mir doch gestatten, Sie von Zeit zu Zeit zu besuchen oder Sie im Nothfalle um einen Rath zu bitten, denn ich bin noch etwas neu in dem Beruf, und es ist nicht immer sehr lustig, unser Handwerk.“

II.

Er war wiedergekommen, der Bergmann; er war sogar sehr oft wiedergekommen, denn die großen Jungen Marguerites zogen ihn an, wie mit magischer Gewalt.

Das junge Mädchen fühlte bald ihr Herz schneller schlagen; doch sie täuschte sich nicht und fühlte, daß es die Liebe war, die an ihren Busen klopfte.

Und ohne falsche Scham, in der Naivetät ihrer sechzehn Jahre, gestand sie ihre Zuneigung dem Manne,

den sie bereits im Grunde ihres Herzens als ihren Verlobten betrachtete.

Der junge Arbeiter brach in einen tollen Freudenjubel aus. Wie wohl ihm dieses Geständniß that! Er hatte gebulbig erwartet und täglich gehofft, daß der Mund seiner Geliebten endlich die holden Worte sprechen würde. Und nun waren seine Wünsche in Erfüllung gegangen!

Arm in Arm suchten sie die Mutter auf, um ihr die Geschichte dieser Liebe zu erzählen; die brave Frau lächelte und sagte, ihre beiden Arme öffnend: „Unarmt mich!“

Als sie dann, unbeweglich, Arm in Arm, stehen blieben, fuhr sie lächelnd fort: „Nun, was weiter? Deshalb braucht man sich doch nicht die Augen roth zu weinen; ich werde zwei Kinder haben, das ist Alles! Nicht wahr, Jean Pierre?“

Und die Zeit verging, eine glückliche Zeit für die Verliebten. Die Hochzeit war auf den St. Martinstag festgesetzt worden.

„Beim Eintritt der schlechten Jahreszeit“, sagte die Mutter lachend, „sind die Nächte länger. Ja, ja, diese jungen Leute, die denken doch an Alles!“

Doch eines Tages brach das schöne Gebäude der Freude zusammen. Die Mine explobte und eines Abends sah man im Dorfe eine Projektion von Dämonen erscheinen, welche die Ueberreste der Unglücklichen zurückdrängten, die man aus der Grube hatte befördern können.

Die Explosion war schrecklich gewesen; von zweihundert Bergleuten, die in den Schacht hinabgestiegen waren, kaum hundert gerettet worden.

Marguerite, die an jenem Tage krank war, war nicht zur Grube gegangen. Als sie das Unglück erfuhr, sprang sie, nur halb angekleidet, aus dem Bette

1000 Versicherten getödtet, dauernd völlig erwerbsunfähig 0,05, theilweise 0,96; dieselben Ziffern für 1896 sind: 0,21 Getödtete, 0,06 dauernd völlig und 1,99 dauernd theilweise Erwerbsunfähige auf je 1000 Versicherte!

Diese Steigerung der Unfälle ist ein Beweis für die Rückständigkeit der sozialreformatorischen Bestrebungen im Deutschen Reiche. Würden dieselben auch nur einigermaßen den Versprechungen in Chroniken und Erlassen und den Lobpreisungen seitens der Kapitalisten entsprechen, so müßte die Ziffer der Unfälle zurückgegangen, nicht gestiegen sein. Aber da die deutsche Sozialreform schon nach ganz geringem Anlauf Halt machte, so kommt es, daß überhaupt nur eins der Mittel zur Verhütung der Unfälle und auch dieses noch nicht genügend in der Gesetzgebung berücksichtigt wurde, nämlich die Forderung von Schutzvorrichtungen an den Maschinen. Auch auf diesem Gebiete sieht es ja noch traurig aus, eine Folge der unvollkommenen Revision der Werkstätten mangels genügender Gewerbeaufsichtsbearbeiter — und zwar qualitativ wie quantitativ genügender. Wie wir aber schon zu Anfang dieser Besprechung zeigten, wird fast die Hälfte der Unfälle gar nicht durch mangelnde Schutzvorrichtungen an Maschinen verursacht, sondern tritt bei Arbeiten auf, die ohne Maschinen verrichtet werden. Und gerade bei diesen steigt die Zahl der Unfälle! Eine große Zahl von Gewerbeaufsichtsbearbeitern hat im Bericht für 1896 ganz zutreffend die Ursachen dieser Steigerung erklärt, indem sie darauf hinweisen, daß die im Ganzen lebhaftere Geschäftstätigkeit im Betriebsjahre noch intensiver war, die Anspannung der Arbeitskräfte eine größere, und häufig mit noch mehr Eile und Ueberhastung gearbeitet wurde, um die Aufträge rechtzeitig zu erledigen, daß endlich bei der starken Nachfrage nach Arbeitern die Einstellung ungeübter Arbeiter häufiger notwendig wurde und daß allgemein ein öfterer Wechsel der Arbeiter eintrat, wobei minderwertige, ungeübte und unerfahrene Arbeiter in größerer Zahl zur Einstellung gelangten. Ferner vermehrt die Verlängerung der Arbeitszeit, die Einlegung von Ueberstunden die Zahl der Unfälle, weil die gegen das Ende einer langen Arbeitszeit unvermeidlich eintretende Anspannung und Ermüdung ebenfalls ihren Einfluß ausübt.

Und in den bayerischen Berichten heißt es, daß „das größere Maß von Erholung, das durch rationellere Regelung der Arbeitszeit und besonders durch die Sonntagsruhe den Arbeitern zu Theil wird, auf die Unfallverhütung von förderlichem Einfluß war“.

Das sind die Punkte, an denen durch Ausbau der Sozialreform Leben und Gesundheit der Arbeiter gesichert werden könnte! Gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, Verlängerung der Ruhepausen, strikte Durch-

führung der Sonntagsruhe — das sind die Mittel, die von uns stets gefordert und von den Handlangern der Kapitalisten stets verweigert wurden. Wie die körperliche und geistige Anspannung in Folge langer Arbeitszeit die Unfallgefahr steigert, zeigen auch die Erhebungen, die von einigen Aufsichtsbeamten über die Verteilung der Unfälle auf die einzelnen Wochentage angefertigt wurden. Der Sonnabend, obwohl er nicht einmal ein voller Arbeitstag ist, fordert die meisten Opfer, dann der Freitag. Frühere Erhebungen über die Verteilung der Unfälle auf die Tagesstunden zeigten, daß bei Beginn der Arbeit der nicht genügend ausgeruhte und gegen Ende der Arbeit der übermüdete Arbeiter am meisten von Unfällen heimgesucht wird.

Gewaltige Menschenmassen sind es, die Jahr für Jahr der Rücksichtslosigkeit des kapitalistischen Betriebs zum Opfer fallen. Die gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die staatlichen, Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden haben für 1896 nicht weniger als 351 789 Verletzte verzeichnet, von denen 86 403 Entschädigung erhielten. Die übrigen 265 386 Arbeiter fielen ausschließlich den Krankenkassen zur Last, zu deren Kosten die Arbeiter zwei Drittel beisteuern müssen. Getödtet wurden 7101 Personen, welche 4505 Witwen und 9194 Kinder hinterließen! Dauernd völlig erwerbsunfähig wurden 1547, theilweise 44 982 Personen! Unter den 86 403 Verletzten befanden sich 12 605 weibliche Personen!

Diese Opfer an Menschenleben und Menschenglück sind, wie es scheint, noch nicht groß genug, um die Regierung und das Unternehmertum zur Erweiterung des Arbeiterschutzes zu veranlassen. In der Vera Stumm-Posadowsky bleibt für die Arbeiter jenes Verzweiflungswort bestehen, das Dante an die Porten der Hölle setzte: Laßt alle Hoffnung hinter euch, die ihr hier eintretet!

Die Leipziger Bewegung und deren Abrechnung.

Es dürfte wohl im Interesse aller auswärtigen Kollegen und Kolleginnen liegen, Einiges über den bisherigen Verlauf unserer Bewegung, sowie über die Tätigkeit des Unterstützungsfonds zu erfahren.

Unsere Prozentbewegung, welche im Oktober 1896 erfolgte, brachte uns fünf Ausstände, woran 286 Kollegen und Kolleginnen beteiligt waren. Der kürzeste Ausstand betrug drei Tage, der längste acht Wochen (Wilhelm Schäffel), sämtliche Ausstände erforderten eine Streikunterstützung von 2226,48 M. Gewonnen wurden drei, verloren zwei Streiks.

Bei Durchführung unseres Tarifs traten acht Werktagen mit zusammen 380 Leuten in eine Bewegung ein; alle Ausstände waren nur von kurzer Dauer, der kürzeste dauerte zwei Stunden, der längste sechs Tage (Enders). An Streikunterstützung waren hier zusammen 815,58 M. erforderlich. Der Erfolg dieser Ausstände wird den Kollegen wohl aus den letzten Berichten noch bekannt sein. Auch waren während und nach den Ausständen, wie ja überall, genügend Kollegen wegen Maßregelung zu unterstützen, wozu die Summe von 1381,32 M. benötigt wurde. Die Unterstützung für Arbeitslose während der Streiks dürfte für Prozent- und Tarifbewegung sich je zur Hälfte stellen, jedoch die Unterstützung an Durchreisende ist mehr auf das Konto der Prozentbewegung zu setzen. Wir hatten hier in Leipzig gerade bei der Prozentbewegung genügend solche vollwertige Kollegen, die sich auf unsere Kosten bereichern wollten.

Kurz sei einiges über den Tarif gesagt. Die hohen Kosten desselben, welche allein für Papier und Druck 975,73 M. betragen, liegen darin, daß ein mehrmaliges Drucken des Tarifs sich notwendig machte; rechnet man nun die Ausgaben für Sitzungen dazu, welche, wie aus dem nächsten Posten der Abrechnung ersichtlich ist und ungefähr die Hälfte davon auf Konto des Tarifs kommen, so dürften sich die Klagen der auswärtigen Kollegen, welche durch mich Tarife bezogen und den Preis dafür zu hoch fanden, ihre Erledigung finden. Der jetzt schon angeführte 20. Entwurf der Lohnkommission für Zeitersaumnis etc. wird manchem Kollegen als recht hoch vorkommen, würden sie aber nur einigermaßen von der Arbeit, welche während den 18 Monaten nötig war, unterrichtet sein, so würden sie es erklärlich finden, wenn die Leipziger Kollegschaft der sechsgliederigen Lohnkommission für ihre baaren Mehrausgaben 200 M. bewilligten.

Die auswärtigen Kollegen haben hier ungefähr ein Bild über die Kosten unserer Bewegung, welche weit über 8000 M. betragen. Zieht man in Betracht, daß

die Geldmittel, die gebraucht worden, um unsere Streiks finanziell zu halten, nur vom Ertrag des Unterstützungsfonds bestritten worden und wir außerdem (wie die Abrechnung, sowie der Nachsatz ergibt) noch in der Lage waren, in dieser Zeit von Leipzig aus andere Streiks mit der Summe von 2375 M. zu unterstützen, sowie daß wir laut Abrechnung unseren Verpflichtungen dem Leipziger Kartell mit 410 M. nachkamen, so dürfte wohl (ohne zu prahlen) die Opferwilligkeit der Leipziger Kollegschaft von den auswärtigen Kollegen ihre genügende Anerkennung finden, und sind wir gewissermaßen stolz darauf, daß wir unsere Bewegung aus eigenen Mitteln geführt haben; möge uns dasselbe in Zukunft auch gelingen. Die hiesigen Kollegen erachten es aber für ihre erste Pflicht, bei Zeiten dafür zu sorgen, damit das nötige Pulver vorhanden ist im Falle einer Bewegung, und als ihre zweite Pflicht erachten sie es gleichfalls, mindestens dafür zu sorgen, für die erste Zeit ihre Kosten selbst zu bestreiten, um nicht sofort der Verbandskasse, sowie der gesammten Kollegschaft zur Last zu fallen, denn hätten wir dieses nicht gethan, so wäre gewiß eine empfindliche Lücke in der Verbandskasse entstanden. Aus den jetzt angeführten und noch anderen zweckmäßigen Gründen ist seiner Zeit der hiesige Unterstützungsfonds hervorgegangen und hat uns derselbe, trotzdem die Abrechnungen nicht immer die besten waren, sehr gute Dienste geleistet, und hoffe ich, daß die hiesigen Kollegen und Kolleginnen sich dieses Jahr an den Sammlungen für diesen Fonds recht rege und thatkräftig beteiligen. Möge es aber auch ein großer Theil der auswärtigen Kollegen sich angelegen sein lassen, für die Aufbringung von Geldern etwas lebhafter einzutreten, als es bisher geschehen, um nicht gleich beim Eintritt in eine Lohnbewegung nötig zu haben, den Ringelbeutel im Lande herumgehen zu lassen. Letzteres ist meine persönliche Meinung, doch glaube ich annehmen zu können, da ich beauftragt bin, diese Abrechnung in unserer Zeitung zu veröffentlichen, daß ich im Sinne meiner Kollegen und Kolleginnen hier in Leipzig schreibe, und ganz besonders würde ich mich freuen, wenn die auswärtige Kollegschaft sich in ihren Versammlungen zu unserer Abrechnung, sowie zu meiner Notiz Stellung nehmen würden, um mit der Gründung derartiger Fonds zu beginnen, welche stets von großem Nutzen für die Gewerkschaft sind. Indem ich hoffe, daß von dem Guten, was ich hier angeführt habe, Gebrauch gemacht wird, schließt mit kollegiallichem Gruß

Mar Walther.

**Es ist vollbracht!**

Der Redakteur der „Solidarität“ beschäftigt sich nochmals in der Nr. 2 derselben mit dem Rücktritt der Buchbinder von den Berliner graphischen Zusammenkünften. Auf die einzelnen Erwidierungen habe ich keine Veranlassung weiter eingegangen, da wir uns wohl doch nicht verständigen werden. Nur in einem Punkte muß ich dem Herrn Redakteur widersprechen. Er meint, daß wenn die Versammlung bei so wichtiger Tagesordnung nur von wenigen Mitgliedern besucht gewesen sei, die Versammlung lieber hätte vertagt werden sollen, um mehr Mitglieder heranzuziehen. Ja, Herr Bleich, Sie scheinen nicht zu wissen, daß der Punkt, unseren Vertreter aus dem Kartell zurückzuziehen, auf der Tagesordnung zweier Versammlungen gestanden hat. Die erste war schwach besucht, in Folge dessen wurde nicht abgestimmt, und die Angelegenheit für die nächste Versammlung vertagt. Trotzdem der Punkt als erster auf die Tagesordnung gesetzt war, um zu verhüten, daß Mitglieder vor der Abstimmung weglaufen, war der Besuch ebenfalls nur mittelmäßig; daraus geht hervor, daß die Abstimmung nicht über's Knie gebrochen wurde. Wenn der große Theil unserer Mitglieder nicht zur Stelle war, so liegt das jedenfalls nicht an den Einberufern. Damit ist auch für mich die Sache endgiltig erledigt.

Berlin. Bergmann.

**Korrespondenzen.**

Die Geschäftsbücherfabrik Rudolf Barth in Dresden ist gesperrt.

Leipzig. Sonnabend den 15. Januar fand im Albertgarten eine öffentliche Versammlung statt, in der die Lohnkommission im ersten Punkt Bericht und Abrechnung gab. Kollege Weismann streifte nochmals den Anfang unserer Tarifbewegung und kommt im Laufe seiner Ausführungen zu Folgendem: Im großen Ganzen könnten wir wohl mit dem ausgearbeiteten Tarif zu-

berlin. Bergmann.

**Korrespondenzen.**

Die Geschäftsbücherfabrik Rudolf Barth in Dresden ist gesperrt.

Leipzig. Sonnabend den 15. Januar fand im Albertgarten eine öffentliche Versammlung statt, in der die Lohnkommission im ersten Punkt Bericht und Abrechnung gab. Kollege Weismann streifte nochmals den Anfang unserer Tarifbewegung und kommt im Laufe seiner Ausführungen zu Folgendem: Im großen Ganzen könnten wir wohl mit dem ausgearbeiteten Tarif zu-

berlin. Bergmann.

**Korrespondenzen.**

Die Geschäftsbücherfabrik Rudolf Barth in Dresden ist gesperrt.

Leipzig. Sonnabend den 15. Januar fand im Albertgarten eine öffentliche Versammlung statt, in der die Lohnkommission im ersten Punkt Bericht und Abrechnung gab. Kollege Weismann streifte nochmals den Anfang unserer Tarifbewegung und kommt im Laufe seiner Ausführungen zu Folgendem: Im großen Ganzen könnten wir wohl mit dem ausgearbeiteten Tarif zu-

berlin. Bergmann.

**Korrespondenzen.**

Die Geschäftsbücherfabrik Rudolf Barth in Dresden ist gesperrt.

Leipzig. Sonnabend den 15. Januar fand im Albertgarten eine öffentliche Versammlung statt, in der die Lohnkommission im ersten Punkt Bericht und Abrechnung gab. Kollege Weismann streifte nochmals den Anfang unserer Tarifbewegung und kommt im Laufe seiner Ausführungen zu Folgendem: Im großen Ganzen könnten wir wohl mit dem ausgearbeiteten Tarif zu-

berlin. Bergmann.

**Korrespondenzen.**

Die Geschäftsbücherfabrik Rudolf Barth in Dresden ist gesperrt.

Leipzig. Sonnabend den 15. Januar fand im Albertgarten eine öffentliche Versammlung statt, in der die Lohnkommission im ersten Punkt Bericht und Abrechnung gab. Kollege Weismann streifte nochmals den Anfang unserer Tarifbewegung und kommt im Laufe seiner Ausführungen zu Folgendem: Im großen Ganzen könnten wir wohl mit dem ausgearbeiteten Tarif zu-

frieden sein, wenn auch nicht abgeleugnet werden solle, daß immer noch elliße Preise verbesserungsbedürftig seien, aber das sei doch klar, durch den Tarif werden stabilere Verhältnisse in unserem Gewerbe Platz greifen. Nun werde aber seitens der Prinzipale auch verlangt, daß in den Großstädten Berlin, Stuttgart u. s. w. auch dahin gewirkt werde, den Tarif in diesen Städten zur Durchführung zu bringen, um die Leipziger Buchbinderei konkurrenzfähig zu erhalten.

Im Weiteren liegt dem Kollegen Weismann ein Schreiben des Herrn Göhre, geschrieben im Auftrag der Vereinigung Leipziger Buchbinderelbesitzer vor, in welchem den Gehilfenvertretern mitgeteilt wird, daß bei der Firma Fischer & Wittig für Bogen falzen „Der guten Stunde“ nur 30 Pfg. bezahlt wird, während dem Tarif gemäß 35 Pfg. zu bezahlen seien. Die Lohnkommission verspricht, bei genannter Firma vorstellig zu werden.

Beim Pressen wird vielfach seitens der Prinzipale bei Partien von ein- bis fünfshundert der Prozentzuschlag nur für das erste Hundert und für einen Druck berechnet, das sei aber nicht richtig, sondern der Prozentzuschlag verleiht sich für die ganze Partie.

In sieben Sitzungen haben der vereinigten Tarifkommission neuneinzig Fälle vorgelegen, von denen zwölf zu Gunsten und fünf zu Ungunsten der Kollegen und Kolleginnen ausgefallen sind, während zwei unentschieden geblieben. Die Veröffentlichung der Schiedssprüche ist unterblieben, weil die Prinzipale in letzter Sitzung sich nicht für kompetent hielten und es erst einer Prinzipalversammlung vorgelegen wollten, von welcher bis jetzt allerdings noch kein Beschluß bekannt sei. Ein ausgearbeiteter Nachtrag zum Tarif — es handelt sich um Journal- und Notenzalzen — ist unterblieben, weil vielfach Preise, die jetzt schon bezahlt werden, verschlechtert worden wären. Zum Schluß warnt Kollege Weismann dringend, auf keine Sonderabmachungen einzugehen, sondern sich streng an den Tarif zu halten, denn nur dann könnten wir geordnete Zustände in unserem Gewerbe erhalten.

Hieran anschließend giebt Kollege Person den Kassenbericht von Anfang der Bewegung. Eingenommen (darunter 6735 Mk. aus dem Unterstützungsfonds der Kollegen und Kolleginnen Leipzigs) 7349,66 Mk., Ausgabe 7341,53 Mk., Bestand 8,13 Mk.

Kollege Frisch führt an, daß er in einer Sitzung der Tarifkommission Gelegenheit genommen habe, den Prinzipalen zu erklären, als dieselben verlangten, unsererseits sollte Sorge getragen werden, daß nimmehr Stuttgart und Berlin in die Tarifbewegung eintreten sollten, daß und seitens unserer Kollegen aus genannten Städten die Erklärung gegeben wurde, daß die Preise im Leipziger Tarif für diese Städte zu niedrig seien. Im Weiteren tadelt Rebner, daß Werkstätten, welche nur tageweise im Ausstand sich befanden, Unterstützung bezogen haben, das müsse in Zukunft vermieden werden. Den letzteren Ausführungen schließt sich Kollege Zipperer an, er beantragt auch als Revisor, dem Kassier der Lohnkommission Decharge zu erteilen und fordert noch auf, sich reger in der Besteuerung als im vergangenen Jahre zu beteiligen, denn aus der Abrechnung ginge hervor, daß einmal im Ernstfalle viel Geld gebraucht werde. Dem Kassier wird Decharge erteilt. Eine zu diesem Punkte eingegangene Resolution wird angenommen. Dieselbe lautet:

„Die heute, den 15. Januar, im Albertgarten zu Leipzig-Anger tagende öffentliche Versammlung aller in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und verspricht, stets eingeengt zu sein, daß nur eine stramme, geschlossene Organisation im Stande ist, das Errungene zu erhalten, sie verspricht deshalb weiter, treu zu derselben zu stehen.“

Weiter spricht die Versammlung den heute von ihrem Amte zurücktretenden Mitgliedern der Tarifkommission ihren Dank aus für die anderthalbjährige aufopferungsvolle und korrekte Tätigkeit.“ Salisch.

Zum zweiten Punkt, Abrechnung des Unterstützungsfonds, erhält Kollege Walther das Wort. (Die detaillierte Abrechnung erfolgt durch den Vertrauensmann in heutiger Nummer.)

Auf Antrag des Kollegen Zipperer, welcher die Kasse mit Kollegen Holzweiß revidiert hat, wird Kollegen Walther Decharge erteilt.

Zum dritten Punkt, Bericht der Delegierten vom Gewerkschaftskartell, berichtet Kollege Zinke zunächst über die finanzielle Bedeutung des Kartells bezüglich der geleisteten Beiträge der einzelnen Berufe, sowie über die das Kartell beschäftigten Streiks und die Versuche, nicht

organisierte Berufe zu organisieren. Dann kommt Rebner auf die weit über Leipzigs Mauern Aufsehen erregende Resolution (den Ausschluß der Delegierten der Buchdrucker betreffend) zu sprechen. In besagter Versammlung des Kartells seien zwölf Vertreter der Buchdrucker anwesend gewesen, sechs gewählt von den Tarifgegnern in einer Versammlung von circa hundert Personen, und sechs gewählt von den Freunden der Tarifgemeinschaft in einer Versammlung von über sechshundert Personen. Es habe nun in der Kartellversammlung einen heißen Kampf gegeben, ein vorgeschlagener Kompromiß sei von Seiten der Anhänger der Tarifgemeinschaft entschieden abgelehnt worden. Rebner ist der Meinung, daß die Tarifgemeinschaft kein Grund sei, den Ausschluß der Buchdrucker zu rechtfertigen, ja nach § 2 des Kartellstatuts sei es vollständig klar, daß die Resolution die Buchdrucker zu Unrecht aus dem Kartell ausschließe, denn § 2 besage deutlich: „Das Kartell besteht aus den volljährigen Delegierten der einzelnen Berufe, welche in allgemeinen Versammlungen von ihren Berufsgenossen mit Majorität gewählt werden.“

Delegierte, die von einer Versammlung von über sechshundert Personen gewählt seien, vertreten doch entschieden eher die Majorität ihres Berufs als diejenigen, welche in einer Versammlung von noch nicht hundert Personen gewählt wurden. Zwei Delegierte der Buchdrucker, die Kollegen Müller und Zinke, hätten aus den angeführten Gründen gegen die Ausschlußresolution gestimmt, während Kollege Walther sich der Stimme enthalten habe.

Kollege Walther begründet seine Stimmeneithaltung damit, daß er gewünscht habe, das Kartell hätte die Gewerkschaften selbst über die Frage entscheiden lassen sollen. Walther glaubt aber nicht wie Zinke, daß die Tarifgemeinschaft allein entscheidend bei den anderen Delegierten war, sondern es hätte auch mit dazu beigetragen, daß die Buchdrucker sich früher manchem Beschlusse des Kartells nicht gefügt hätten, sowie auch, daß die Buchdrucker bei der sozialdemokratischen Arbeiterschaft schlecht angeschrieben standen. Die Kollegen Pfüge und Krempler schließen sich den Ausführungen des Referenten an.

Der Vorsitzende des Kartells, Genosse Gash, erhält hierauf das Wort und sucht die Gefährlichkeit der Tarifgemeinschaft für die moderne Arbeiterbewegung nachzuweisen, indem die Tarifgemeinschaft ins Hirsch-Dunker'sche Lager führe; auf die Einwendungen unserer Kollegen, betreffend den § 2 des Kartellstatuts, ging er gar nicht ein. Einen Antrag auf Schluß der Debatte lehnt die Versammlung ab, um ihn nach Wiedereinbringung dann anzunehmen.

Dieser Punkt erhält durch folgenden Antrag, der angenommen wird, seinen vorläufigen Abschluß.

„Stelle den Antrag, da die Zeit zu weit vorgeschritten ist, diesen Punkt (Kartell- und Buchdruckerangelegenheit) einer späteren Versammlung zu überweisen.“ Frisch. Nunmehr erfolgen die Wahlen und schlägt die bisherige Tarifkommission vor, drei Mann zu wählen, die sich bei vorkommenden Streitigkeiten Fachleute hinzuziehen sollen.

Gewählt wurden in die Tarifkommission die Kollegen Weismann, Schauble und Frisch, als Ersatzpersonen die Kollegen E. Glaubig, Person und Noack. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell werden gewählt Kollege Müller als Verwalter des Unterstützungsfonds, und die Kollegen Zipperer und Zinke. Als Ersatzleute werden die Kollegen Leonhardt und Bergmann gewählt.

Ein Antrag, am 26. Februar ein Vergnügen im Albertgarten stattfinden zu lassen und das Arrangement der Tarifkommission zu übertragen, wird angenommen.

Berlin. Eine am Montag den 17. Januar bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, stattgehabte Branchenversammlung der Buchbinder- und Arbeiterinnen ehrte zunächst das Andenken an den verstorbenen Kollegen Christian Theuerkauf in üblicher Weise. Anschließend gab Kollege Bytomski seinen Tätigkeitsbericht als Vertrauensmann während  $\frac{1}{4}$  Jahren. Innerhalb dieser Zeit fanden 4 öffentliche und 8 Werkstättenversammlungen statt. Die Delegiertenversammlungen verteilten sich auf folgende Betriebe: eine wurde in den Betrieben von Schreiber, Enbers, Ulstein, Mosse, Reiß, Lüderitz & Bauer, Wabing, Imberg & Besson, Richter, Vinberer, „Christlichen Zeitschriftenverein“, „Deutsche Warte“, Engelmann einberufen; je zwei Werkstättenversammlungen bei Behrend, Meißle, Bruer, Geiß, Grün. Bei Baumbach, Friedrichs, Frieberger und Sebbelmayer wurden je drei und bei Probst, Aghte, Rämmerer je vier Werkstättenversammlungen abgehalten. Diese Werkstättenversammlungen wurden teilweise als Agitationsversammlungen

einberufen, teilweise lagen ihnen Wahlen von Vertrauenspersonen, Mißstände in den Werkstätten, unwürdige Behandlung seitens leitender Personen oder schlechte Löhne zu Grunde. Eingehend kennzeichnet Bytomski das Verhalten des Herrn Friedrichs. In dieser Werkstätte fällt es besonders schwer, für die Organisation festen Boden zu fassen. Durch einen Vertrauensmann mit der Werkstätte in Verbindung zu bleiben ist unmöglich, da dieselben sofort entlassen werden. Trotzdem läßt die Behandlung des Arbeitspersonals seitens des Herrn Friedrichs viel zu wünschen übrig, besonders ist es dort an der Tagesordnung, Schimpfworte der gemeinsten Art laut durch den Saal zu rufen. Der in der letzten Werkstättenversammlung gewählte Vertrauensmann wurde am folgenden Tage gemäßregelt, ein anderer, welcher agitirt hatte, sollte verhaften werden. Hierbei sollte seitens des Herrn Friedrichs die Aeuerung gefallen sein, wenn letzterer Kollege Ausländer wäre, so würde Herr F. dafür Sorge tragen, daß der Betreffende ausgewiesen wird. Das gleiche Schicksal würde Bytomski widerfahren. — Dem Indifferentismus der Arbeiterinnen von Aghte mißt Kollege Bytomski die Schuld bei, daß dort keine bessere Preise bezahlt werden und Löhne von 10 und 15 Pf. pro Stunde dort vorkommen. Nachdem Rebner noch am Schluß seines Berichtes betont hat, daß auf das bestehende Vertrauensmännersystem mehr als bisher Gewicht gelegt werden muß, hauptsächlich aber die kleineren Betriebe in den Delegiertenstellungen vertreten sein müssen, hält er es für geraten, mehrere Vertrauensmänner zu wählen, da die Arbeit für einen zu umfangreich ist. Nachdem in folgender Diskussion für und gegen die Anregung Bytomski's, mehrere Vertrauensmänner zu wählen, gesprochen worden war, gehen bei der Neuwahl die Kollegen Bytomski, Eberhardt und Frau Moack als Vertrauenspersonen für die Buchbinderbranche hervor. Unter Verschiedenes weist Frau Moack den Vorwurf eines Rebners zurück, welcher die Vertrauenspersonen der Arbeiterinnen bei Probst für den Massenaustritt derselben aus dem Verband unmittelbar nach der Lohnbewegung verantwortlich macht. Hierauf wird die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Berlin. Die Kontobuch-Branche hielt am 18. Januar ihre diesjährige Haupt-Branchenversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Kollegen Th. Böcker über Vegetarismus; 2. Tätigkeitsbericht des stellvertretenden Vertrauensmanns; 3. Neuwahl der Vertrauensleute; 4. Werkstättenangelegenheiten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Bergmann des verstorbenen Vertrauensmanns der Branche, Kollegen Chr. Theuerkauf; er hob die Verdienste, die sich der Verstorbene um die Organisation erworben hat, hervor. Noch bis in die letzten Stunden seines Lebens, als ihn die Kräfte schon zu verlassen drohten, hat er noch für das Wohl seiner Kollegen gekämpft, und besonders für die Kontobuch-Branche wird sein Verlust ein fühlbarer sein. Sein einfaches, schlichtes Wesen aber wird sich in den Herzen der Berliner Kollegen ein dauerndes Denkmal errichten. Aus Dankbarkeit erhob sich die Versammlung zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen.

Hierauf hielt Kollege Böcker seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. Er führte aus, daß der Vegetarismus vor zehn Jahren noch sehr unbekannt war, dieses hätte sich aber in neuerer Zeit bedeutend verändert. Eine große Anzahl von Speisefressern sind entstanden, welche für den Vegetarismus eine umfangreiche Propaganda machen; diese zeichnen sich auch durch eine ziemlich stark vertretene Geistesnahrung aus, die besonders auf das Publikum einen anziehenden Einfluß ausübt. Der Vegetarismus wird auch vielfach von seinen Anhängern als Erlöser von Krankheitszuständen gepriesen; ja sogar als Erlöser für die ganze Menschheit bezeichnet. — Schon im grauen Altertum sind bedeutende griechische Philosophen für die Ernährungsmethode eingetreten, die meistens aus Pflanzenstoffen bestand, da sie in ihnen das Ernährungsmittel zur Gerechtigkeit sahen, während sie in dem Fleischgenuß durch das Abschachten von Tieren alle Uebel, wie Sklaverei und Elend, fanden. Auch der moderne Vegetarier bekennt sich auf das fäuste Gebot: Du sollst nicht tödten. Auch er glaubt, daß die Menschheit durch das Abschachten von Tieren zu allerlei Nothheiten ausarten müsse; andererseits findet er die Beschaffenheit der menschlichen Organe nicht für den Fleischgenuß geeignet; da dieselben den Organen der Affen gleichen, so wird der Mensch in die Klasse der Fruchtfresser gestellt. Die Kleidung soll sogar eine gewählte sein; außerdem werden auch noch eine Reihe von Genussmitteln, wie altmod-

artige Getränke und Tabak aus ihrem Bereich verbannt. Der Nöbner ging sobann auf seine eigenen Erfahrungen, die er auf Grund dreißigjähriger Praxis gesammelt hat, über und glaubt den Vegetarismus nicht besonders preisen zu können, da er in vielen Fällen schon sehr ungünstige Erfolge erzielte; ja es sei schon vorgekommen, daß Leute buchstäblich verhungert seien. Weiter glaubt er den Fleischnuß nicht ganz verwerfen zu können, denn es sei durchaus nicht unästhetisch, wie es gewöhnlich von Anhängern dieser Praxis bezeichnet wird, man dürste schließlich überhaupt kein Produkt mehr in Gebrauch nehmen, was von der heutigen Gesellschaft erzeugt wird. Jede Eisenbahn, ja sogar jedes Buch sei mit dem menschlichen Blute bezahlt, wenn nicht mit dem sofortigen Tode, so doch durch allmähliche Ausbeutung des Unternehmers. Verwerfen will er den Vegetarismus durchaus nicht, wenn er aber geübt soll, so muß er sich einer besseren Freiheit erfreuen. Hieran schloß sich eine kurze Diskussion, die sich ähnhlich äußerte.

Kollege Lent erstattete sobann den Tätigkeitsbericht. Nach demselben fanden öffentliche Versammlungen, Branchenversammlungen und Werkstuben-Delegierten-sitzungen statt. Einen ausführlichen Bericht konnte derselbe nicht geben, da durch das plötzliche Ableben des Kollegen Theuerkauf ein zureichendes Material nicht vorhanden war. Einige Notizen, die die Witwe des Verstorbenen zur Verfügung stellte, ließen eine reiche Tätigkeit erkennen.

Aus der Wahl der Vertrauensleute gingen die Kollegen Lent als erster und Eggert als zweiter Vertrauensmann hervor.

Unter Verschiedenes wurden einige Mißstände in den Kontobuchfabriken Barschall und Klemm aufgedeckt. Ersterer soll sich in ganz besonders schneidiger Form seinen Arbeitern gegenüber benehmen; so geben ihm seine Paschagelüste auch das Recht, über die Strafgebühren der Arbeiter verfügen zu können, was jedoch die Fabrikordnung zu wohlthätigen Zwecken bestimmt. Bei der Firma Klemm sollen die Mädchen nach Feierabend die Werkstuben reinigen, natürlich ohne Bezahlung; wer sich dagegen auflehnt, wird an die frische Luft gesetzt, was schon verschiednen Kolleginnen passierte. Diesen Fall beschloß man einer Werkstubenversammlung zu überweisen.

Zum Schluß bedankte sich Kollege Lent für die zahlreiche Beteiligung zur Sammlung von Krankspenden für den verstorbenen Vertrauensmann. Weiter forderten die Kollegen Lent und Bergmann die Versammlung auf, auch in diesem Jahre wieder mit energischer Kraft an dem Werke der Organisation theilzunehmen und in den Delegierten-sitzungen recht zahlreich zu erscheinen.

**Berlin.** Am Montag den 17. Januar fand eine Branchenversammlung der Lebergalanterie-Arbeiter mit folgender Tagesordnung statt: 1. Verfassungskämpfe und Demagogieverfolgungen; 2. Bericht der Vertrauenspersonen; 3. Verschiedenes.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung führte Genosse Sassenbach aus, wie schon 1819 die Studentenschaft sowie das Bürgertum gegen weltliche und geistliche Macht und gegen das Gottesgnadenkum in Wort und Schrift auftraten. Weiterhin die Verfolgungen, welchen diejenigen, die in den nachfolgenden Jahren für Erweiterung der Volkrechte plaidierten, ausgelegt waren, wie die freie Meinung unterdrückt und die Presse geknebelt wurde. Durch dieses System sei eine Kirchhofstraße eingetreten, bis die französische Revolution im Februar 1848, sowie darauf einen Monat später die Berliner Märzrevolution diese Knebel unterbrach und Preußen eine immerhin zweifelhafte Verfassung gegeben wurde. Zum Schluß weist Nöbner noch auf den in diesem Jahre stattfindenden Gebenktag der achtundvierziger Revolution und auf die traurige Rolle, welche das heutige Bürgertum dabei spielt, hin und benudet seinen Vortrag mit den Worten: daß die Arbeiterchaft ein Recht habe, ein Denkmal für die Märzgefallenen zu fordern, da sie es allein ist, welche denselben ein ehrendes und dauerndes Andenken bewahrt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung berichtet Kollege Brückner, daß vom 15. November v. J., an welchem Tage die Neuwahl der Vertrauenspersonen stattfand, bis zum Tage der Berichterstattung elf Werkstuben-sitzungen und eine Delegierten-sitzung stattgefunden haben. Aufgenommen wurden in dieser Zeit 33 Kollegen. Fernerhin sollen Branchenversammlungen wieder regelmäßiger abgehalten werden, da der Geist unter der Kollegenschaft momentan ein sehr guter sei. Die sich hieran anschließende Diskussion war eine äußerst antimirte, da sich ein älterer Kollege eingefunden hatte,

welcher, nach seinen eigenen Worten, früher nur auf gute Sachen gearbeitet hat und jetzt sich gezwungen fühlt, ganz ordinäre Waare zu äußerst gedrückten Preisen herzustellen. Der gute Mann, welcher aus Angstgefühl seinen Namen verschwie, sowie auch den der Firma, ist Hausarbeiter und verlangte von den Anwesenden so eine Art Zaubermittel, ein Rezept, um die Preisbrückerlei aus der Welt zu schaffen. Ihm wurde von dem nachfolgenden Nöbner in verschiedenen Variationen bedeutet, daß es wohl ein Rezept dafür gebe, aber es wäre nicht gleich mitzunehmen, weil es noch nicht vollendet sei. Seine Pflicht, sowie Pflicht Aller ist es, mitzuarbeiten, einzutreten in die Organisation, seinen Dünkel abzustreifen. Nur dann ist es möglich, dem Mittel: Zusammenschluß Aller, Geltung zu verschaffen und durch dasselbe ein menschenwürdiges Dasein zu erlangen.

**Berlin.** Luruspapier-Branchen. Am Mittwoch den 19. Januar fand eine Branchenversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Mißstände in den Berliner Luruspapierfabriken und wie beseitigen wir dieselben? Referent Kollege Bergmann; 2. Neuwahl der Vertrauenspersonen; 3. Verschiedenes.

Zum ersten Punkt führt der Referent den namentlich zahlreich erschienenen Kolleginnen vor Augen, wie schon in vielen Fällen herrschende Mißstände in einzelnen Fabriken durch das Auftreten der Organisation beseitigt wurden. Ferner zeigt er, wie und in welcher Weise sich die Fabrikanten, die Unternehmer vereinigen, um ihre Interessen besser wahren zu können. An diesem Zusammenschließen sollen doch namentlich die Arbeiterinnen, deren Verdienst in regulärer Arbeitszeit im Höchstfall 8 bis 9 Mark beträgt, wenn sie es nicht vorziehen, bei Zugrunderichtung ihrer Gesundheit, Arbeit mit nach Hause zu nehmen, lernen. Nur in der Vereinigung und durch die Vereinigung können Uebergriße und Gesehwidrigkeiten des Unternehmertums, wie z. B. in der Dönabrücker Luruspapierwarenfabrik, wo die Arbeiterinnen des Sonnabends erst um 6 resp. 1/7 Uhr die Fabrik verlassen können, ferner bei der Firma Aberle, wo den männlichen 50 Pfg. bei zu spät kommen, den weiblichen 25 Pfg. Strafe in Abzug gebracht werden, und weiter bei Vittauer & Boylen, wo keine genügende Garberobe vorhanden und kein genießbares Trintwasser zu haben sei, zurückgewiesen werden. Mit dem Hinweis, daß in diesem Jahre eine lebhaftere Agitation für die Luruspapier-Branchen stattfinden wird, und einem lebhaften Appell an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen, benudete Kollege Bergmann den beifällig aufgenommenen Vortrag.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung giebt Kollege Brückner als Versammlungsleiter den Bericht des Vertrauensmannes Jakobius, welcher sein Fernbleiben, wegen Todesfall in der Familie, entschuldigte. Diefem Bericht zufolge haben stattgefunden in der Zeit vom Januar 1897 bis Januar 1898 sieben Werkstubensitzungen und sieben Werkstubendelegierten-sitzungen. In der Diskussion wird die Tätigkeit des Vertrauensmanns von allen Seiten abfällig kritisiert. Ein Antrag, demselben nachträglich ein Tadelvotum zu erteilen, wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt, da anerkannt wurde, daß die Loyalität der Kolleginnen und Kollegen in der Luruspapier-Branchen mit dazu beigetragen habe, den Vertrauensmann zu entmüthigen.

Neu gewählt als Vertrauensmann wurde hierauf Kollege Scherwarth und als Stellvertreter Kollege Siebels und Frau Rakowsky.

**Berlin.** Eine Branchenversammlung der Kartonarbeiter und Arbeiterinnen tagte am 20. Januar im Englischen Garten, Alexanderstraße 27. Nachdem der Vorsitzende den überaus schlechten Besuch dieser Versammlung gerügt hatte, führten die Anwesenden einen Vortrag des Kollegen M. Hoffmann über „Das Koalitionsrecht der Arbeiter“, in welchem derselbe in kurzen Worten darauf hinwies, von diesem Rechte den ausgiebigsten Gebrauch zu machen und sich zu organisieren, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Hierauf folgte der Tätigkeitsbericht des bisherigen Vertrauensmannes, Kollegen Friedrichs. Nach diesem fanden 16 ordentliche, 4 außerordentliche Delegierten-sitzungen, sowie 5 öffentliche Versammlungen und 4 Branchenversammlungen statt. Letztere wurden Sonntags abgehalten und folgten gemüthliches Besamnenfein mit Tanz. Werkstubenversammlungen wurden 48 in 35 Werkstuben einberufen. Diese Werkstubenversammlungen, welche theils als Agitationsversammlungen einberufen wurden, theils lange Arbeitszeit, schlechte Löhne oder sonstige Uebelstände abschaffen sollten, wurden u. A. auch bei den Firmen Mann, Findeisen, Beck, Dleschlager abgehalten,

bei welchen Firmen jetzt auch die neunstündige Arbeitszeit, der Minimallohn, sowie 8 bis 10 Prozent Zuschlag für Akkordarbeit eingeführt worden sind. Bei Böhme erhielt ein Werkführer, 28 Jahre dort thätig, 22 Mk. Wochenlohn, jetzt wurden ihm 2 Mk. Zulage zugebilligt, außerdem wurden Ankleiberäume, sowie eine Arbeitsordnung angeschafft. Bei Gutmann & Maier verlangten die Arbeiter anstatt eine neunstündige Arbeitszeit (jetzt zehnstündige) 10 Prozent Zuschlag und bei Wunderlich wird in der Saisonzeit 13—14 Stunden pro Tag gearbeitet; in beiden Werkstuben halten die Arbeitenden die Organisation für überflüssig. Die Arbeiterinnen bei Nathan haben die neunstündige Arbeitszeit durchgebracht, während die Arbeiter nicht den Muth finden, ihre zehnstündige Arbeitszeit abzukürzen.

Nachdem von verschiedenen Seiten das Bestreben des bisherigen Vertrauensmannes, seine Pflicht vollauf zu erfüllen, vollkommen anerkannt worden war, wurde zur Neuwahl desselben geschritten, Kollege Barz als Vertrauensmann, sowie die Kollegen Friedrichs und Reibetanz als Stellvertreter desselben gewählt. Da in dieser Versammlung keine weibliche Vertrauensperson zu finden ist, wird es den gewählten Vertrauensmännern anheimgestellt, sich eine geeignete Arbeiterin heranzuziehen. Zum Schluß wird eine Anfrage des Kollegen Reibetanz, ob die Zahlstelle der Kartonarbeiter, Weinstraße 11, Sonntags Vormittags noch geöffnet ist, vom Kollegen Friedrichs verneint, da dieselbe zwecklos geworden ist.

**Mannheim.** Am 22. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Zu Punkt 1 der Tagesordnung verlas der Vorsitzende den Geschäfts- und der Kassier den Kasfenbericht. Aus den Berichten ging hervor, daß im letzten Quartal 17 Aufnahmen gemacht wurden und 9 Kollegen zugereist sind, dagegen sind abgereist 14, ausgeschliffen wurden 5, so daß die Zahlstelle gegenwärtig 69 Mitglieder zählt. Eingenommen wurden für Aufnahmen 8,50 Mk., für 758 Wochenbeiträge 265,30 Mk., macht Summa 273,80 Mk. Ausgegeben für Reiseunterstützung wurden 16,75 Mk., für außerordentliche Agitation in Schaß-Lothringen 30 Mk., 20 Prozent an die Lokalkasse 53,06 Mk., von Homfeld unterschlagen wurden 25,90 Mk., so daß noch 148,09 Mk. an die Verbandskasse abgeführt werden können. Anschließend verlas nun noch der Vorsitzende eine übersichtliche Aufstellung über das verlossene Jahr, nach welcher in Summa an Beiträgen 870,45 Mk. und an Aufnahmen für 50 Mitglieder 24,70 Mk., zusammen also 870,45 Mk. vereinnahmt wurden; die Ausgaben betragen für Arbeitslosenunterstützung 197,00 Mk., 20 Prozent an die Lokalkasse 163,37 und sonstige Ausgaben für Rechnung des Verbandes 64,90 Mk., in Summa 425,27 Mk. Der überschüssige Betrag von 469,88 Mk. wurde in die Verbandskasse abgeführt.

Der Korrespondenz-Verkehr war folgender: Eingegangen 367 Briefe und Postkarten und 144 Kreuzbandsendungen. Ausgegangen 176 Briefe, 37 Postkarten und 392 Kreuzbandsendungen.

Die Berichte wurden ohne weitere Erörterungen angenommen.

Zu Punkt 2, Neuwahl des Vorstandes, machte der Vorsitzende Kollege Schmidt den Vorschlag, man möchte auch einen zweiten Vorsitzenden wählen, da er durch den Korrespondenzverkehr der Einzelm Mitglieder und die Agitation im Bezirk derart in Anspruch genommen sei, daß er für den Ort Mannheim selbst zu wenig Zeit habe, um sich über Alles was vorgeht genügend zu informieren und die Zugereisten für den Verband zu gewinnen. Da der Wechsel in letzter Zeit sehr stark gewesen sei und immer wieder neue Kollegen für den Verband zu gewinnen sind, so soll der zweite Vorsitzende speziell nur die Agitation in Mannheim zu betreiben haben. Nach kurzer Debatte wurde dieser Vorschlag angenommen. Es wurde sobann zur Wahl geschritten und nach vorhergegangenen und angenommenen Vorschläge 7 Kollegen in den Vorstand gewählt und zwar: Als erster Bevollmächtigter F. W. Schmidt, als Kassier Heinrich Bauer, als Schriftführer Georg Schöffel, sobann als zweiter Bevollmächtigter Jakob Burgheimer und zu Beisitzern der Vertrauensmann in Ludwigschafen Ph. Rimmel, sowie Wolf Leuschner in Ludwigschafen und Ph. Fein in Mannheim. Zu Punkt 3, Wahl der Auszahler der Arbeitslosenunterstützung und zur Fällung des Arbeitsnachweises entspann sich eine lebhaftere Debatte, in der sich herausstellte, daß es nicht gut möglich ist, in dieser Versammlung den Posten neu zu besetzen, worauf sich Kollege Böhme, welcher den Posten bisher zur allgemeinen Zufriedenheit verfaß, bereit erklärte, denselben bis auf Weiteres zu behalten, wenn Kollege Schrimpf, welcher im Hause wohne, ihm behilflich sein wolle, was

dieser zusagte, wozu die Versammlung ihre Zustimmung gab.

Zu Punkt 4, Wahl zweier Delegierten zum Gewerkschaftskartell, wurden die Kollegen Heinrich Böhm und Carl Raab gewählt.

Die Wahl eines Vertrauensmanns für Ludwigs-hafen a. Rh. (Punkt 5 der Tagesordnung) wurde bereits vor der Vorstandswahl vorgenommen, da man, um eine gute Verbindung mit Ludwigs-hafen a. Rh. zu haben, beschlossen hatte, diesen Vertrauensmann dem Vorstände als Beisitzer beizugeben. Wie bereits oben erwähnt, wurde Kollege Ph. Kimmel als solcher gewählt.

Zu Punkt Verschiedenes wurden einige Sachen lokaler Natur noch erledigt, worauf der Vorsitzende um 1/1 Uhr die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation schloß.

**Erfurt.** Unsere erste Versammlung in diesem Jahre, welche am 15. d. M. stattfand, beschäftigte sich 1. mit der Gotthar Agitation, 2. die verlassene Urabstimmung und ihre Statutenänderung, 3. Verschiedenes und Fragekasten. Der erste Punkt stand bei uns nicht das erste Mal auf der Tagesordnung, sondern beschäftigte uns schon wochenlang, doch konnten wir bis jetzt noch nicht zur Ausführung bringen, aus verschiedenen Gründen; nun sind wir so weit, daß wir wohl in Wülbe in Gottha eine Versammlung abhalten können, was bis jetzt immer das größte Hindernis war. (Ausführlicher Bericht erfolgt nach besagter Versammlung). Der zweite Theil unserer Tagesordnung verursachte heftige Debatten und war der große Heiß der Redner der Ansicht, daß der Verbandsvorstand im Unrecht gehandelt habe, indem er die nun beschlossene Unterstützungserhöhung nicht bewilligte. Wir seien doch nicht bloß da um Kapitalien anzuhäufeln und unseren arbeitslosen Kollegen die durch Urabstimmung rechtserhöht gewordene Unterstützungserhöhung vorzuenthalten. Auch war man der Meinung, daß der Verbandsvorstand wenigstens 1/4 oder 1/2 Jahr lang diese Unterstützung hätte einführen können, um den durch die Mitglieder gefassten Beschluß aufrecht zu erhalten. Leider müßten wir uns in die Zwangsmaßregeln schicken, indem dem Verbandsvorstand in § 33 das Recht eingeräumt wurde, die Unterstützung festzusetzen.

Unserm dritten Punkt machte der Vorsitzende den Bericht des zweiten Bezirks vom sechsten Gau bekannt. Die Abrechnung wurde für gut befunden, desgleichen auch die Belastung, welche gleichmäßig verteilt war. Nachdem noch Verschiedenes, was zu berichten nicht von Interesse ist, erledigt war und der Fragekasten nichts enthielt, schloß der Vorsitzende die so einigermaßen gut besuchte Versammlung.

**Hannover.** Wie schon vor vierzehn Tagen bekannt gegeben, wurde in unserer letzten Mitgliederversammlung der Antrag gestellt, solange bis sämtliche Ausgesperrten der Firma Obmeyer Nachfolger untergebracht sind, ist der Beitrag hier am Orte auf 85 Pf. resp. 1 M. zu erhöhen, weil in Folge des ungenügenden Zeichens auf Sammellisten für die zu leistenden Zuschüsse nicht mehr genügend einging. Dieser Antrag gelangte am 22. Januar in der Versammlung zur Sprache und wurde darüber lebhaft diskutiert, jedoch schritt man nicht zur Abstimmung, weil die Versammlung schlecht besucht war. Es wurde einem Antrage gemäß beschlossen, den betreffenden Antrag auf Beitragserhöhung durch eine Urabstimmung den Mitgliedern hier zur Beschlussfassung vorzulegen. Von verschiedenen Seiten wurden Bedenken gehebt, daß mit einer Beitragserhöhung unsere Zahlstelle Schaden leiden könne, während andererseits prozentuale Abgaben des Wochenverdienstes für zweckmäßig empfohlen wurde; dieses Verfahren würde uns wegen der vorherrschenden Akkorarbeit viele Schwierigkeiten bereiten. Bei dem zweiten Punkt wurde über einen Beschluß des Verbandsvorstandes, betreffend Festsetzung der Unterstützungen für die Ausgesperrten, lebhaft besprochen und besonders bebauert die knappe Unterstützungsbauer der Gemagregelten. Freilich hielt sich der Verbandsvorstand strikte an das Streik- und Magregelungsreglement, doch wurde dasselbe für noch nicht erprobt befunden und Protest in Form einer Resolution eingelegt, welche lautet: „Die heute den 22. Januar tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Hannover erklärt die gefassten Beschlüsse des Verbandsvorstandes, betreffend die Unterstützungen der Ausgesperrten von Obmeyer Nachfolger, für sehr hart, wonach von heute in fünf Wochen jede Unterstützung aus Verbandsmitteln aufhört, trotzdem es sich hier doch um einen Abwehrstreik handelte, der im Interesse unseres Verbandes zur unbedingten Nothwendigkeit wurde. Nach unserem Ermessen müßte für die Verheirateten mit ihren Familien eine längere Unterstützungsbauer festgesetzt werden, ebenso ein höherer Satz für die-

jenigen, die noch keine 26 Wochen Mitglied sind, da es schwer halten wird, die Ausgesperrten schnell unterzubringen wegen der momentan hier herrschenden flauen Geschäftskonjunktur. Die Zahlstelle Hannover richtet somit an den Verbands-vorstand das Ersuchen, die Noth der Ausgesperrten durch einen anderen Beschluß, resp. durch Verlängerung der Unterstützung zu lindern.“ (Um Mißverständnisse zu vermeiden, wollen wir hier gleich bekannt geben, daß der Verbandsvorstand für die Gemagregelten folgende Unterstützung beschlossen hat: Diejenigen ausgesperrten Mitglieder, welche länger als 26 Wochen Mitglied waren, als der Streik beendet wurde, erhalten von Beendigung des Streiks ab noch auf die Dauer von acht Wochen die gleiche Unterstützung, wie solche aus Verbandsmitteln pro Woche während des Streiks gezahlt wurde. [§ 17 des Reglements.] Diejenigen Mitglieder, welche weniger als 26 Wochen bei Beendigung des Streiks dem Verbands angehört, erhalten noch auf die Dauer von zwei Wochen, vom Schlusse des Streiks an gerechnet, die gleiche Unterstützung, von da ab dann den Betrag, wie er für Arbeitslose vorgesehen ist; also pro Tag 75 Pf. bis zum Gesamtbetrag von 30 M. [entsprechend der Bestimmung des § 43 im Statut]. — Nichtmitglieder, welche mit im Streik sich befanden, können noch auf die Dauer von zwei Wochen die während des Streiks aus Verbandsmitteln erhaltene Wochenunterstützung beziehen; von da ab hört dann die Unterstützung aus Verbandsmitteln auf. — Hieraus ist zu ersehen, daß der Verbandsvorstand zum Theil noch weiter ging, als Statut und Reglement festsetzt; gewiß werden auch die Verheirateten, wenn nötig, noch länger als vorgesehen unterstützt. Die Red.) Sodann giebt der Vorstand bekannt, daß die Zuschüsse für die Ausgesperrten reduziert werden mußten in Folge des mangelhaften Zeichens auf Sammellisten. Auch wurde von der Versammlung dem Vorstand die Vollmacht erteilt, wenn nötig, eine Anleihe aufzunehmen, welche nach einem Jahre wieder zurückzuzahlen ist. Darauf wurde noch beschlossen, nächsten Sonnabend eine außerordentliche Versammlung anzuberufen, in welcher über das Resultat der Urabstimmung verhandelt werden soll, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

**Lausanne.** In der Versammlung vom Dezember wurde in unserem Verein der Antrag gestellt, die tit. Meisterschaft um Feststellung eines Minimallohnes von 4,50 Fr. zu eruchen. Nachdem der Antrag einstimmig angenommen, wurde ein in freundlichem Tone gehaltenes Zirkular ausgearbeitet und allen Geschäften übermittelt. Die Folge davon war, daß im Geschäft von Herrn Reymond drei Kollegen die Kündigung erhielten, der vierte Kollege, der das schroffe, ungerechte Vorgehen des Meisters mißbilligte, gab hierauf sofort seine Kündigung. Einer der Kollegen war fünf Jahre im Geschäft, drei Jahre als Lehrling, zwei als Arbeiter, und erhielt 18 Fr. pro Woche. Die Anderen 4 Fr. pro Tag durchschnittlich, abzüglich 30 Cts. Unfallversicherung pro Woche.

Bemerken wir hiermit, daß unser Zirkular von anderen Geschäften in anerkennenswerther Weise berücksichtigt wurde, was wir bestens danken. Um die wichtige Sache in ein anderes Licht zu stellen, giebt der obgenannte Herr an, die Arbeiter seien entlassen worden, weil sie zu wenig leistungsfähig gewesen seien. Daß das aber nicht wahr ist, ergibt sich daraus, daß der eine als Lehrling drei Jahre und als Arbeiter zwei Jahre thätig war, der andere wurde, nachdem er ein Jahr im Geschäft war, noch ein halbes Jahr bis zur Kündigung eingestellt, der dritte hatte kurz vorher eine kleine Verbesserung erhalten und war vier Monate im Geschäft. Wir bringen dieses zur Veröffentlichung, um sämtliche Kollegen auf diese Firma aufmerksam zu machen und eruchen, bei Stellenangeboten in Lausanne beim lit. Fachverein vorher anzufragen. Wir sind gerne bereit, auf allfällige Anfragen und Erkundigungen Auskunft zu geben.

## Rundschau.

\* Der vertrauliche Erlaß des Grafen Pobjadowsky, welcher in voriger Nummer dieser Zeitung abgedruckt ist, führte im deutschen Reichstag zu gründlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Grafen und seinen Scharfmacher-Austraggebern einerseits und den Freunden der Koalitionsfreiheit andererseits. Vom Abgeordneten Pachnick (freis. Vereinig.) ist folgender Antrag gestellt worden:

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen um die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu eruchen, welcher die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt, insbesondere

a) den § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung dahin abändert, daß Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auch dann erlaubt sind, wenn sie nicht oder nicht nur die unmittelbaren Interessen der sich Verabredenden oder Vereinigenden, sondern auch die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im Allgemeinen betreffen, oder darauf gerichtet sind, Aenderungen in der Gesetzgebung und Staatsverwaltung herbeizuführen;

b) den im § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung erwähnten Vereinigungen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet, mit einander in Verbindung zu treten;

c) den zur Wahrnehmung von Berufsinteressen begründeten Vereinen Reichsfähigkeit verleihet, wenn sie den §§ 55 bis 60 des Bürgerlichen Gesetzbuches genügen.

Der Antrag wird unterstützt durch die Abgeordneten: Auer (Soz.), Dr. Barth. Benoit. Fischer (Soz.), Frese. Gault. Gerisch (Soz.), Geyer (Soz.), Dr. Goerk. Rangesfeldt. Lorenzen. Lüttich. Maager. Meister (Soz.). Mollenbuhr (Soz.). Reiffhaus (Soz.) Nicker. Schmidt (Berlin V, Soz.). Schröder. Thomsen.

\* Einen Gesetzentwurf über Arbeiter-versicherung hat das Ministerium des Innern in Schweden ausarbeiten lassen und wird ihn dem neuen Reichstag zugehen lassen. Er umfaßt alle im Arbeitsverhältnis stehenden Personen, deren Löhne unter 1800 Kronen (2000 M.) bleiben und die am Tage des Inkrafttretens — vorgeschlagen wird der 1. Januar 1900 — noch nicht 30 Jahre alt sind. Es sind drei Pensionsklassen mit Wochenbeiträgen von 20, 15 und 10 Vere vorgesehen, wofür bei einem Alter von 65 Jahren eine Pension von 200, 150 oder 100 Kronen gezahlt werden. Zum Versicherungsfonds steuern nur die Arbeitnehmer und der Staat, nicht aber die Arbeitgeber bei. An Einnahmen werden für das erste Jahr etwa zwei Millionen Kronen von den Arbeitnehmern und ebenso viel an Staatsbeiträgen gerechnet, wobei man etwas über 600 000 Versicherungsnehmer voraussetzt. Allmähig wird sich der Betrag zusammen auf etwa acht Millionen erhöhen. Der Pensionsfonds wird auf mehr als 300 Millionen berechnet.

\* Ein Streik der Arbeiter in der Armaturen- und Fahrradfabrik A. Jacobi in Brandenburg wurde durch Vergleich beendet; die Forderung, einen Arbeiterausgleich aufzustellen, wurde erfüllt. — Der Korbmacherstreik in Bernburg endete mit einem Siege für die Arbeiter. — In Halle streiken 140 Formner.

\* In St. Johann a. d. Saar wurde ein Gewerbe-gericht zu schaffen von den Stabverordneten beschlossen.

\* Zur Unterstützung der englischen Maschinenbauer sind der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften in der Zeit vom 14. bis 20. Januar 7622,27 M. zugegangen. Hierbei sind von Zahlstellen unseres Verbandes Stuttgart mit 50 M. (achte Kiste) und Bant-Wilhelms-hafen mit 18,13 M. Im Ganzen sind bei der Generalkommission bis 20. Januar 108 198,59 M. eingegangen.

\* Die schwere Last, welche den Aktionären großer Unternehmungen auferlegt ist, mit müßelosem Gewinn rechnen zu müssen, ergibt sich aus folgenden Dividendenzahlen: Die „Beniger Patentpapierfabrik“ warf 10 Prozent Dividende ab. Einen gleich hohen Gewinn brachten die Nabelfabrik zu Jätershausen und die „Schäffische Maschinenfabrik“ vorm. Rich. Hartmann in Chemnitz, während die Aktiengesellschaft für Waffen und Fahrradtheile, Firma Weyerberg, Kirchbaum & Co. in Solingen 12 Prozent zur Vertheilung brachte. Einen etwas fetteren Profit, nämlich 15 Prozent, erzielten die „Wessfällischen Stahlwerke“. Die „Hannov. Maschinenbau-Aktiengesellschaft“ vertheilte 16 Prozent Dividende. Die Aktionäre der „Herkules-Fahrradwerke“ zu Nürnberg konnten gleichfalls 16 Prozent einstecken und die „Fahrrad- und Maschinenfabrik vorm. Schlabig“ zu Dresden warf sogar 18 Prozent Dividende ab. Daß auch die großen Bierbrauereien recht gewinnbringende Unternehmungen sind, zeigt folgende Zusammenstellung: 7 1/2 Prozent erhielten die Aktionäre des Brauereibesitzers zu Würzburg. Die „Exportbrauerei Teufelsbrück“ und die „Vereinsbrauerei der Gastwirt“ in Hamburg erzielten eine Dividende von je 8 Prozent. Einen Jahresgewinn von 9 Prozent brachten der „Aktienbrauerei“ zu Plauen, die „Aktienbrauerei Nordhausen“, die „Bilbrauerei“ in Hamburg und die „Kaiserbrauerei Ricklingen“. Noch einträglichster sind folgende in Hamburg resp. Altona und Wandsbeck ansässige Brauereien: Die „Schloßbrauerei“ mit 10 Prozent, „Gansa“ mit 11 Prozent,



# Anzeigen.

**Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse**  
 der Buchbinder etc. (Eingef. Hilsk.) S. Leipzig.  
 38] [7.50

**Verwaltungsstelle Stuttgart.**

**Samstag** den 29. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im  
 Gasthof zum „Hirsch“, Hirschstraße 14

## Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Thätigkeitsbericht.
2. Rechenschaftsbericht.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Die Ortsverwaltung.

**Verwaltungsstelle Mainz.**

**Samstag** den 29. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im  
 „Dahlberger Hof“, Stabionerhoffstraße

## Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Die Ortsverwaltung.

**Verwaltungsstelle Leipzig.**

**Montag** den 31. Januar, Abends 1/9 Uhr, im  
 Restaurant „Johannissthal“, Hospitalstr.

## Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

**Verwaltungsstelle Magdeburg.**

**Montag** den 7. Februar, Abends 9 Uhr, im „Granat-  
 splitter“, Knochenhauerufer 18

## Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Die Ortsverwaltung.

**Verwaltungsstelle Breslau.**

**Sonnabend** den 29. Januar, Abends 9 Uhr, im  
 Kassenlokal, Breitestr. 8

## Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Erghwahl des Besitzers.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

**Verwaltungsstelle Leipzig.**

Am 8. Januar verstarb unser Mitglied  
**Friedrich Otto Schoppa**  
 aus Stötteritz, 38 Jahre alt.  
 Die Ortsverwaltung.

## Magdeburg.

**Sonnabend** den 5. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im  
 „Granatsplitter“, Knochenhauerufer

## General-Versammlung.

39] [1.50

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
3. Verschiedene wichtige Sachen.

**Der Bevollmächtigte.**

Wegen der Wichtigkeit verschiedener Punkte:  
 alle alte Mannschaft an Bord!

## Buchbinder Emil Trotte

wird aufgefordert, seine Adresse an  
**Emil Klein, Berlin,**  
 einzufenden. 40] [1.20

## Achtung! Achtung!

# Organisirte Arbeiter Hamburgs!

Am Sonntag den 30. Januar d. J. findet eine  
**grosse Demonstration**

gegen die von der deutschen Reichsregierung geplante Ver-  
 kümmerung des Koalitionsrechtes der Arbeiter statt.  
 Hamburger Kollegen, folgt diesem Rufe und besucht  
 Mann für Mann die in der Hamburger Tagespresse noch  
 näher bekannt zu machenden Versammlungen.

Es gilt Euer wichtigstes Recht zu verteidigen.  
**Die Kommission**  
**des Hamburger Gewerkschaftskartells.**

## Gute Brotstelle. [0.80

Eine gutgehende Buchbinderei nebst Haus in der  
 Nähe Hannover's ist wegen anderweitigen Unternehmungen  
 gleich oder später zu verkaufen. Zur Uebernahme sind  
 ca. 3000 Mark erforderlich.  
 Offerten unter A. Z. 204 an die Exped. dieser Zeitung.

## Gasthof Zweinaundorf.

Schöner Aufenthaltsort des Orients Leipzigs.  
 Empfehle meinen Ballsaal, schönen Garten, Kolon-  
 naden, Kegelbahn, Gesellschaftszimmer und Logis-  
 haus bei etwaigen Festen aufs Wärmste. [2.00  
 42] Hochachtungsvoll  
 Euer Schwager **Gustav Fischer.** 43]

## Aufforderung!

Ersuche alle Kollegen, welche im Stande sind  
 Auskunft zu geben, ob an ihren Orten anlässlich  
 der Gewerbegerichtswahlen die Flugblattvertheilungen  
 an öffentlichen Plätzen und Straßen stattgefunden  
 haben und ob dafür gerichtliche Strafen erfolgt sind  
 oder nicht. Es ist mir von großer Wichtigkeit, solches  
 zu erfahren und bitte ich alle Kollegen mir bis  
 längstens 9. Februar 1898 solche Beobachtungen  
 mitzutheilen, um in meiner am 10. Februar statt-  
 findenden Verhandlung die deutsche Rechtsreinheit  
 dokumentiren zu können.

**Leonhard Bauer** in Augsburg,  
 Furfstraße Nr. 18.

## Leipzig-Rednitz. — Täubchenweg.

# Zur guten Quelle

**Restaurant Ludwig Mühlhan**  
 Verehrstlokal des Buchbinder-Männerchors  
**Guten, kräftigen Mittagstisch 40 Pfg.**  
 Ebenso empfehle gut gepflegte Biere, sowie warme  
 und kalte Speisen zu jeder Tageszeit.  
 Saal und Gesellschaftszimmer, 50 bis 150 Personen  
 fassend, zu Versammlungen. [3.00  
 Hochachtungsvoll  
**Der Obige.**

## Verbands-Versammlungs-Kalender.

Ort	Local	Versammlungstag	Beginn
Nachn	Restauration Horstmayr, Elffschornsteinstraße	6. Februar (alle 14 Tage)	11 Uhr
Altenburg	„Goldener Löwe“, Baurberggasse	5. Februar (alle 14 Tage)	8 Uhr
Altona	Schillerhalle, Ecke Schiller- und Marktstraße	29. Januar (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
Augsburg	Mugsburger Hof, Schwibbogenstraße	29. Januar (alle 14 Tage)	8 Uhr
Bant-Wilhelmsh.	Bei H. Loh, verlängerte Marktstraße 2	6. Februar (alle 14 Tage)	1/4 Uhr
Barmen	Restauration Krings, Gr. Furfstraße 20	29. Januar (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
Berlin	Bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75	Jeden Montag nach dem 1. u. 15. d. M.	8 1/2 Uhr
Bielefeld	Gasthof zur „Stadt Frankfurt“, Ritterstraße	Sonnabend vor dem 1. u. 15. des Monats	1/9 Uhr
Brandenburg a. S.	Bei Herrn Schneider, Schützenstraße 25	5. Februar (alle 14 Tage)	8 Uhr
Braunschweig	„Papierfischer Hof“, Dehlschlägern 40	Am 2. und 4. Sonnabend im Monat	9 Uhr
Bremen	Gasthaus Wegener, Langenstraße 100	Am 1. und 3. Sonnabend im Monat	9 Uhr
Breslau	Hirpels Restaurant, Carlstr. 16, I. Etage	29. Januar (alle 14 Tage)	8 Uhr
Brieg i. Schl.	„Färsten Blüder“, Feldstraße	Am Sonnabend nach d. 1. u. 15. d. M.	8 Uhr
Crefeld	Restauration Steinbach, Westwall	5. Februar (alle 14 Tage)	9 Uhr
Darmstadt	Bei W. Hille, Arbelgerstraße 50	Am 1. und 3. Samstag im Monat	9 Uhr
Dortmund	Gasthof Brinkmann, Bestenhellweg 111	29. Januar (alle 14 Tage)	9 Uhr
Düsseldorf	Restauration „Pöcher“, Ratingerstraße 43	5. Februar (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
Duisbg.-Ruhrort	Bei Simon in Duisburg		3 Uhr
Eisenberg (S.-W.)	Heinrich's Restaurant	29. Januar (alle 14 Tage)	8 1/2 Uhr
Eiberfeld	Restauration Nießen, Morianstraße	5. Februar (alle 14 Tage)	8 1/2 Uhr
Erfurt	Restaurant „Zum Krotobill“, Eichengasse	29. Januar (alle 14 Tage)	8 1/2 Uhr
Erlangen	„Zum Fuchsen“, Theaterplatz	Am 1. und 3. Samstag im Monat	8 Uhr
Esslingen	Bei Mayer, zum Anker, Untere Deutaustraße 12	29. Januar (alle 14 Tage)	8 Uhr
Flensburg	„Goldweines Haus“, Norderstraße 45	Am 1. Sonnabend im Monat	8 1/2 Uhr
Frankfurt a. M.	Restauration N. Hofel, Trierscher Platz 29	Am 1. und 3. Samstag im Monat	1/9 Uhr
Freiburg i. B.	Gasthaus „zum Bären“, Oberlinden	5. Februar (alle 14 Tage)	8 1/2 Uhr
Härth	Restaurant Sid, Wassergasse	Am zweiten Samstag im Monat	8 1/2 Uhr
Hera	Restaurant „Drei Allen“, Schmelzhüttenstr.	Sonnabend nach dem 1. u. 15. d. M.	1/9 Uhr
Högan	Restaurant Rosenbergs, Mühlstraße 6	Am zweiten Sonnabend im Monat	8 1/2 Uhr
Hagen i. B.	Bei Ernpüttch, Zur alten Post	5. Februar (alle 14 Tage)	9 Uhr
Halle a. S.	„Engländer Hof“, Gr. Berlin	Am 1. und 3. Sonnabend im Monat	8 1/2 Uhr
Hamburg	Restaurant „Karlsburg“, Curienstraße 11	5. Februar (alle 14 Tage)	8 1/2 Uhr
Hannover	Bei Wegener, Neustadtstraße 27	Sonnabend den 1. und 15. im Monat	8 1/2 Uhr
Heilbronn	Gasthaus zur Rose	29. Januar (alle 14 Tage)	8 1/2 Uhr
Jena	Gasthaus zum „Greif“, Oberlauengasse	28. Januar (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
Karlstraße	Restaurant „zur Blume“, Stritel 28	29. Januar (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
Kiel	Wheers, Alte Rebe 8	8. Februar	9 Uhr
Köln	Wollers, Neumarkt (Ecke Eitelholzbasse)	22. Januar (alle 14 Tage)	9 Uhr
Königsberg i. Pr.	Bellers Restaurant „Zum Vodensee“, Röttelstr.	Jeden Montag vor dem 1. u. 15. d. M.	8 1/2 Uhr
Konstanz	Restauration zum „Silbernen Mond“	5. Februar (alle 14 Tage)	8 Uhr
Kriegsz	„Goldene Frieden“, Glogauerstraße	29. Januar (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
Kübeck	Zum Holsteinischen Hause, Marlesgrube 22	Jeden Sonnabend nach d. 1. u. 15. d. M.	9 Uhr
Magdeburg	„Granatsplitter“, Knochenhauerufer 18	29. Januar (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
Mannheim	Restauration zum Schnatzenbudel, T 5, 1	Am 2. und 4. Samstag im Monat	1/9 Uhr
München	Cafe Dall' Armi, Frauenplatz 6	Samstag nach dem 1. u. 15. jed. Mon.	1/9 Uhr
Münster i. Westf.	Restauration Mittrup, Engelstraße	Jeden Samstag	1/9 Uhr
Nürnberg	Restaurant Bauer, Schloßberggasse	5. Februar (alle 14 Tage)	9 Uhr
Offenbach a. M.	Gasthaus „zum Lindenbaum“	31. Januar (alle 14 Tage)	9 Uhr
Posen	Bei Herrn Wilschke, Wasserstraße 27	Am 2. Sonnabend im Monat	8 1/2 Uhr
Porzheim	Brauerei Hof, Lammstraße	Am 2. und 4. Samstag im Monat	1/9 Uhr
Solingen	Bei Witwe Melchior, Südbwall 34	29. Januar (alle 14 Tage)	8 1/2 Uhr
Stettin	Restauration Dittmer, Breitestraße 11		9 Uhr
Strasbourg i. E.	Bei Graff-Danliger, Schlossergasse 1	5. Februar (alle 14 Tage)	8 Uhr
Stuttgart	Gasthof zum „Hirsch“, Hirschstraße 14	5. Februar (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
Weimar	Großkloß Restaurant, Breitenstraße	5. Februar (alle 14 Tage)	1/9 Uhr
Würzburg.	Germania, Dominikanergasse	Am 1. und 3. Samstag im Monat	8 Uhr

Die öffentlichen Versammlungen in Leipzig werden eine Woche vorher in der „Buchbinder-Zeitung“ und  
 einen Tag vorher in der „Leipziger Volkszeitung“ bekannt gegeben.  
 In Dresden finden jeden zweiten Sonnabend im Monat öffentliche Versammlungen statt, welche je einen  
 Tag vorher in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ bekannt gemacht werden.